Stand: 16.12.2025 00:41:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11597

"Finanzielle Hilfen für die unwettergeschädigten Gemeinden, Städte, Märkte und Kreise auf den Weg bringen - Soforthilfe partnerschaftlich zwischen Freistaat und Kommunen umsetzen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/11597 vom 31.05.2016
- 2. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 01.06.2016
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/12317 des HA vom 07.06.2016
- 4. Beschluss des Plenums 17/12494 vom 12.07.2016
- 5. Plenarprotokoll Nr. 79 vom 12.07.2016



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

31.05.2016 Drucksache 17/11597

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Finanzielle Hilfen für die unwettergeschädigten Gemeinden, Städte, Märkte und Kreise auf den Wegbringen – Soforthilfe partnerschaftlich zwischen Freistaat und Kommunen umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sobald die Ermittlung der genauen Höhe der Unwetterschäden durch die betroffenen Kommunen abgeschlossen ist, eine angemessene kommunale Soforthilfe, zur Leistung von Hilfen in den von den Unwettern Ende Mai 2016 betroffenen Kommunen zur Beseitigung der Unwetterschäden und zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Durch das Tief "Elvira" Ende Mai sind in Bayern große Schäden für Privathaushalte und Unternehmen sowie an der Infrastruktur und dem Eigentum der Kommunen entstanden.

Die genaue Höhe des Schadens an der Infrastruktur der betroffenen Kommunen wird derzeit noch ermittelt

Neben Mittelfranken wütete das Unwetter vor allem in Niederbayern. Überschwemmte Straßen und Unterführungen, vollgelaufene Keller, Blitzeinschläge, umgestürzte Bäume und erhebliche Schäden waren die Folgen. Das gewaltige Ausmaß der Schäden überfordert die Leistungskraft der einzelnen Städte, Gemeinden, Märkte und Landkreise.

Angesichts der massiven Schäden durch das Unwetter Ende Mai in Bayern ist eine Soforthilfe zur Milderung der eingetretenen Schäden notwendig. Im Gegensatz zu Privatpersonen und verschiedenen Unternehmen können Kommunen keine Finanzhilfen nach der Härtefondsrichtlinie in Anspruch nehmen. Eventuelle Zuwendungen an die Kommunen nach dem Finanzausgleichgesetz (FAG) sind nicht ausreichend. Daher sind die kommunalen Soforthilfen notwendig.

Hilfen werden nur geleistet, soweit Schäden nicht durch Versicherungen oder sonstige Dritte abgedeckt sind. So steht die individuelle Absicherung der Kommune im Vordergrund. Die Hilfen greifen nur, wenn die Risiken nicht oder nur zu wirtschaftlich nicht vertretbaren Bedingungen versicherbar waren.

Nun kommen wir zur Abstimmung in namentlicher Form über den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11589. Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 19.31 bis 19.36 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/11591 und 17/11592 sowie 17/11594 bis 17/11597 und 17/11607 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 7 a und 7 b auf:

Eingabe

Gustavstraße in Fürth; längere Öffnungszeiten für Freischankflächen (WI.0012.17)

und

Eingabe

"Wir sind die Gustavstraße" Gustavstraße in Fürth; längere Öffnungszeiten für Freischankflächen (WI.0525.17)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat sich mit den Eingaben in seiner Sitzung am 21. April 2016 befasst. Er hat beschlossen, die Eingaben gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingaben auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Die Fraktion hat darüber hinaus beantragt, nach § 103 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 unserer Geschäftsordnung über die Beratung im Ausschuss Bericht zu erstatten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass über die Eingabe unter Tagesordnungspunkt 7 b von der Fraktion der SPD namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege

Ganserer, der Berichterstattung und Aussprache miteinander verbinden wird. Bitte schön. Herr Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Sperrzeiten für Freischankflächen beschäftigt den Bayerischen Landtag schon seit mehreren Jahren, heute in Form der Petitionen von Herrn Dr. Mayer, Stadtheimatpfleger der Stadt Fürth, und der Initiative "Wir sind die Gustavstraße".

(Petra Guttenberger (CSU): Herr Dr. Mayer war es!)

– Der ehemalige Stadtheimatpfleger. – Die Fürther Gustavstraße ist seit Jahrhunderten Schwerpunkt der Gastronomie und als Kneipenmeile weit über die Stadtgrenze Fürths hinaus bekannt. Planungsrechtlich handelt es sich bei dem Gebiet um ein Mischgebiet. Im Bebauungsplan hat die Stadt Fürth unter Verweis auf den Anwohnerschutz neue Gaststätten ausgeschlossen; die bestehenden Gaststätten haben jedoch Bestandsschutz.

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Beschwerden über Ruhestörungen. Deshalb hat die Stadt Fürth bereits im Jahr 2011 einen Runden Tisch einberufen und nach Gesprächen mit Gastwirten und Anwohnern die Sperrzeiten in einem Kompromiss für Freischankflächen auf 23.00 Uhr bis 06.00 Uhr des Folgetages festgesetzt.

Im Jahr 2012 forderte ein Anwohner die Stadt Fürth auf, den Beginn der Sperrzeit für Freischankflächen auf 22.00 Uhr vorzuverlegen und die Einhaltung sicherzustellen. Die Stadt Fürth ist diesem Antrag nicht nachgekommen. Der Anwohner hat daraufhin Klage beim Verwaltungsgericht Ansbach eingereicht. Es hat mit Urteil vom 11. Juni 2013 die Stadt Fürth aufgefordert, den Antrag des Klägers neu zu verbescheiden, und zwar unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts, wonach eine Nachtzeitverschiebung auf 23.00 Uhr in dem konkreten Fall nicht möglich sei. Maßgeblich für die Beurteilung des Falls sei die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm -, wonach ab 22.00 Uhr ein Grenzwert von 45 dB(A) einzuhalten sei. Gegen dieses Urteil hat die Stadt Fürth Berufung eingelegt.

Der Petent Dr. Mayer fordert in seiner Petition, die er bereits im Juli 2013 eingereicht hat, Bund und Land auf, gesetzliche Regelungen analog der Bayerischen Biergartenverordnung zu erlassen, um den Betrieb von Freischankflächen bis 23.00 Uhr zu ermöglichen. Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat dem Petenten mitgeteilt, dass die Behandlung dem Landesparlament obliegt. In der Stellungnahme zu der Petition hat das Bundesumweltministerium da-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

07.06.2016 Drucksache 17/12317

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/**11597**

Finanzielle Hilfen für die unwettergeschädigten Gemeinden, Städte, Märkte und Kreise auf den Weg bringen - Soforthilfe partnerschaftlich zwischen Freistaat und Kommunen umsetzen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass im ersten Absatz der Begriff "Soforthilfe" durch das Wort "Hilfe" ersetzt wird.

Berichterstatter: Alexander Muthmann Mitberichterstatterin: Mechthilde Wittmann

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 114. Sitzung am 7. Juni 2016 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen

Peter Winter

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

12.07.2016 Drucksache 17/12494

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/11597, 17/12317

Finanzielle Hilfen für die unwettergeschädigten Gemeinden, Städte, Märkte und Kreise auf den Weg bringen – Soforthilfe partnerschaftlich zwischen Freistaat und Kommunen umsetzen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sobald die Ermittlung der genauen Höhe der Unwetterschäden durch die betroffenen Kommunen abgeschlossen ist, eine angemessene kommunale Hilfe, zur Leistung von Hilfen in den von den Unwettern Ende Mai 2016 betroffenen Kommunen zur Beseitigung der Unwetterschäden und zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Bei den in der Anlage an Nummer 3 und 4 stehenden Konsultationsverfahren betref-

fend die Energieunion, zu denen in den Ausschüssen einstimmige Voten vorliegen,

sind die Fristen zur Abgabe einer Stellungnahme bereits abgelaufen. Es wird daher

vorgeschlagen, den bisherigen Einleitungssatz "Der Bayerische Landtag gibt im Kon-

sultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:" durch den Einleitungssatz "Der

Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellung-

nahme abzugeben:" zu ersetzen.

Wer mit dieser Änderung einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. –

Hallo CSU? – Stimmt ihr mit oder nicht? – Also, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄH-

LER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Die Gegenstimmen! – Wisst ihr, was ihr wollt?

(Hans Herold (CSU): Können Sie das bitte wiederholen? - Natascha Kohnen

(SPD): Wie wär's mit Zuhören?)

Nein. Wir können nicht dreimal wiederholen, bis es passt. Ich hab euch ja extra noch

gefragt. Stimmt ihr jetzt dieser Änderung und der Übernahme der Voten zu? – Gut.

Gibt's Stimmenthaltungen?- Keine Stimmenthaltungen, keine Gegenstimmen. Dann

ist das so beschlossen. Ich danke Ihnen.

Wir kommen nun zur Abstimmung – ich bitte jetzt darum, ein bissla aufzupassen –

über die restlichen Voten. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den

einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas

COM (2016) 49 final BR-Drs. 79/16

Drs. 17/11013, 17/12277 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Eine EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung

COM (2016) 51 final

BR-Drs. 80/16

Drs. 17/11014, 17/12278 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	团	Z

^	_	
3.	Ener	AID.
J.		uic.

Konsultation bezüglich der Rationalisierung von Planungs- und Berichterstattungsverpflichtungen als Teil der Governance der Energieunion 11.01.2016 - 22.04.2016

Drs. 17/11015, 17/12279 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	团	Z

4. Verkehr, Forschung und Technologie, Energie, Klimaschutz, Binnenmarkt: Öffentliche Konsultation zu einer umfassenden und integrierten Strategie für die Energieunion in den Bereichen Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit 04.03.2016 - 31.05.2016

Drs. 17/11027, 17/12280 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn, Dr. Linus Förster u.a. SPD

Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa I: Einbeziehung von Kommunen und NGOs in die EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) Drs. 17/11230, 17/12301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

6.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn, Dr. Linus Förster u.a. SPD Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa II: Stimmrecht fü die Alpenkonvention in der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) Drs. 17/11231, 17/12302 (A)				
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	n	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	Z	
7.	Dr. Linus Förster u.a. SPD Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa III: Neuer Schwung für den Alpenschutz durch EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALF Drs. 17/11232, 17/12304 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und				
	Europaangelegenheite CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A		
8.	Antrag der Abgeordner Dr. Linus Förster u.a. S Für eine zukunftsorien Dokumente in den Am Drs. 17/11233, 17/123	SPD tierte Alpenpolitik in Ba tssprachen der Makro	ayern und Europa IV: E	USALP-	
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	า	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
9.	Antrag der Abgeordner Dr. Linus Förster u.a. S Für eine zukunftsorien Parlaments bei der Um Drs. 17/11234, 17/123	SPD tierte Alpenpolitik in Ba nsetzung der EU-Strat	ayern und Europa V: B	eteiligung des	
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	1	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

10.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn, Dr. Linus Förster u.a. SPD Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa VI: EUSALP-Projekte für nachhaltige Alpenraumentwicklung nutzen Drs. 17/11235, 17/12308 (E)			
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	1
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			
11.	 Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn, Dr. Linus Förster u.a. SPD Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa VII: Transparente und demokratisch legitimierte Verwendung der EUSALP-Finanzmittel sicherstellen Drs. 17/11236, 17/12309 (A) 			
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
12.	Antrag der Abgeordnet Günther Felbinger u.a. Vielfalt bewahren – Gu Schulbereich beseitige Drs. 17/11433, 17/1229 Votum des federführer Bildung und Kultus	und Fraktion (FREIE inte Ganztagsschule au n – Bildungsföderalisn 97 (A) nden Ausschusses für	WÄHLER) sbauen I – Kooperatio	nsverbot im GRÜ
	CSU	SPD	_	_
	A			Z

13.	 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Vielfalt bewahren – Gute Ganztagsschule ausbauen II – Klassenmehrung für Ganztagsklassen zulassen – Wahlfreiheit der Eltern gewährleisten Drs. 17/11434, 17/12105 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus 				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
14.	Günther Felbinger u.	neten Hubert Aiwanger a. und Fraktion (FREIE Bute Ganztagsschule a		Ganztagsschule	

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

in der Primarstufe – Bericht über Pilotphase

Drs. 17/11435, 17/12106 (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Vielfalt bewahren – Gute Ganztagsschule ausbauen IV – Bundesweite Qualitätsstandards bei der Ganztagsschule auf den Weg bringen Drs. 17/11436, 17/12107 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung von Asylsuchenden Drs. 17/10441, 17/12157 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

17.	Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Inge Aures u.a. SPD Entgeltgleichheit für Frauen schaffen Drs. 17/10463, 17/12153 (A)				
	Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju		egration		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
18.	Antrag der Abgeordner Arif Tasdelen u.a. SPD Tragfähiges Konzept fü Drs. 17/10573, 17/122) ür WLAN-Zugang in Fl			
	Antrag der CSU-Frak Votum des mitberate Wirtschaft und Medie Energie und Technol	nden Ausschusses f en, Infrastruktur, Bau	ür		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
19.	Antrag der Abgeordnet Verena Osgyan u.a. ur Freies WLAN für alle – Drs. 17/10642, 17/122	nd Fraktion (BÜNDNIS · auch für Geflüchtete!	90/DIE GRÜNEN)		
	Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
20.	Antrag der Abgeordnet Dr. Hans Jürgen Fahn Mobilität für Senioren u Drs. 17/10910, 17/122	u.a. und Fraktion (FRI und Menschen mit Eins	EIE WÄHLER)		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

21.	Antrag der Abgeordner Ulrich Leiner u.a. und I Einführung von Gesun Drs. 17/10990, 17/121 Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju CSU	Fraktion (BÜNDNIS 90 dheitspässen für Asyls 54 (A) nden Ausschusses für)/DIE ĞRÜNEN) suchende	GRÜ ☑
22.	Antrag der Abgeordner Martina Fehlner u.a. S Umgang des Deutsche mit seiner NS-Vergang Drs. 17/11003, 17/123 Votum des federführer Wissenschaft und Kun	PD en Jagd- und Fischerei genheit 12 (E) nden Ausschusses für		
	CSU CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
23.	Antrag der Abgeordner Kathi Petersen u.a. SF Berichtsantrag zum Pr Drs. 17/11104, 17/122	PD äventionsprojekt "MiM		igranten"
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
24.	Antrag der Abgeordner Jürgen W. Heike u.a. G Girokonto für alle Drs. 17/11175, 17/122	CSU	r, Josef Zellmeier,	
	Votum des federführer Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		A		Z

25.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unterbringung von Flüchtlingen: Was ändern die Beschlüsse der Staatsregier konkret? Drs. 17/11222, 17/12158 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
26.	Antrag der Abgeordnet Susann Biedefeld u.a. Zeichen setzen: Politis Bayern und Polen inter Drs. 17/11323, 17/121	SPD che und zivilgesellsch nsivieren			
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	า	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
27.	Antrag der Abgeordnet Thomas Mütze u.a. un Bekämpfung der Geldv Drs. 17/11328, 17/123	d Fraktion (BÜNDNIS väsche im Nicht-Finar	90/DIĚ GRÜNEN)		
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
			Z	Z	
28.	Antrag der Abgeordnet Claudia Stamm u.a. un Transparenz bei verste Drs. 17/11355, 17/123	nd Fraktion (BÜNDNIS eckten Schulden: Klarf	90/DIE GRÜNEN)	orge schaffen	
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				

29.	Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD "Blitz-Marathon" – Weiterentwicklung einer guten Idee Drs. 17/11418, 17/12101 (E)			
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
30.	Antrag der Abgeordner Volker Bauer u.a. CSU Vollzugshinweise zur U	l Jnterbringung von Fur	• •	
	Drs. 17/11494, 17/122	56 (E)		
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
31.	 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur Situation der Mittelschule in Bayern Drs. 17/11500, 17/12115 (A) 			
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
32.	 Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Systematische Kooperation der Klinik für Geriatrie am Klinikum Bayreuth mit Pflegeeinrichtungen in den Landkreisen Kronach und Lichtenfels sowie der Stac Bayreuth unterstützen und fördern Drs. 17/11568, 17/12295 (E) 			reuth mit
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			

33.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Halb Bayern "Raum mit besonderem Handlungsbedarf"! Konsequenzen aus der Heimatstrategie der Staatsregierung ziehen Drs. 17/11594, 17/12298 (E)
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WAHLER	GRU
		Z	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD) Zukunft gestalten – Regionen stärken – Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen und Wettbewerbschancen in allen Landesteilen Drs. 17/11596, 17/12299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Α

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Finanzielle Hilfen für die unwettergeschädigten Gemeinden, Städte, Märkte und Kreise auf den Weg bringen - Soforthilfe partnerschaftlich zwischen Freistaat und Kommunen umsetzen Drs. 17/11597, 17/12317 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD) Die Unwettergeschädigten und die Kommunen nicht im Stich lassen Drs. 17/11607, 17/12318 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU Hochwasser- und Überschwemmungsschäden: Schnelles Maßnahmenpaket für bayerische Kommunen, Unternehmen und Bürger Drs. 17/11728, 17/12319 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Folgen von CETA für die öffentliche Daseinsvorsorge in Bayern Drs. 17/11718, 17/12142 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WAHLER	GRU
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD Endgültige Vollzugshinweise zum Bayerischen Maßregelvollzugsgesetz Drs. 17/9798, 17/11839

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

40. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte u.a. SPD

Expertenanhörung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes des Bayerischen Landtags zur Prüfung der Einführung eines Altersgelds für Beamte in Bayern

Drs. 17/11185, 17/12128

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

zur 79. Vollsitzung am 12. Juli 2016

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD Landesbehindertenrat in die Beratungen zur Novellierung des bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes einbeziehen Drs. 17/11613, 17/12250

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
 Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Integrationsgesetz
 Drs. 17/11756, 17/12249

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

43. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Integrationsgesetz Drs. 17/11796, 17/12252

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration, **der den Antrag für erledigt erklärt hat.**